

## Wirtschaft

## Notiz Block



## Instabilität ist auf dem Vormarsch

Die rasch steigende Zahl instabiler Staaten stellt nach Einschätzung der Weltbank eine zunehmende Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Von 2003 bis heute sei die Zahl der instabilen Staaten von 17 auf 26 angewachsen, heißt es in einer Studie. Diese Staaten seien geprägt durch Mangel an Sicherheit, erhebliche Korruption, Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit und beschränkte Ressourcen zur Entwicklung. Länder wie Afghanistan, Haiti, Tadschikistan oder die Zentralafrikanische Republik böten Raum für Terroristen, Drogenhändler und Waffenschmuggler. Die Auswirkungen würden oft über die Grenzen des betroffenen Landes hinausreichen und könnten ganze Regionen aus der Balance bringen. *apa*

## Mehr Wachstum ohne neue Jobs

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht die Wirtschaftsaussichten in Österreich rosiger: Heuer wird die heimische Wirtschaft um 2,8 Prozent zulegen. Noch im Frühling hatte der IWF für das Jahr 2006

ein Plus von 2,2 Prozent vorhergesagt. Wermutstropfen: Das stärkere Wachstum schafft keine neuen Arbeitsplätze. Für das heurige Jahr erwartet der IWF weiterhin eine Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent, 2007 soll die Rate auf 4,7 Prozent sinken. Dies, obwohl das Wachstumstempo dann in Österreich laut den jüngsten Berechnungen des Internationalen Währungsfonds mit 2,3 Prozent wieder leicht abnehmen wird.

## Opec lässt Finger von den Ölhähnen

Ungeachtet der Abkühlung der weltweiten Konjunktur, die zu einem Rückgang der Ölnachfrage führen und einen Preisrutsch auslösen könnte, hält die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ihre Förderhöchstquoten vorerst konstant. So hat die Internationale Energieagentur (IEA) bereits das Nachfragewachstum für heuer und 2007 nach unten revidiert. Das steigert laut Experten den Druck auf die Opec, die Produktion herunterzufahren, was noch im Spätherbst passieren könnte. Schon jetzt sorgt sich das Förderkartell um einen weiteren Preisverfall: In den vergangenen vier Wochen ist Rohöl um ein Fünftel billiger geworden. Druck auf die Preise geht auch davon aus, dass die Ölbranche massiv in Produktionsausweitungen investiert, laut Branchenkennern baut sich ein Überversorgungsszenario auf. Umstritten unter Experten ist, wann und ob die Spekulationsblase bei Öl (und anderen Rohstoffen) platzen wird. *apa/rose*

Fortsetzung von Seite 13

Rund 100 Mrd. US-Dollar (78,9 Mrd. Euro) gab die Regierung der USA im letzten Jahr für private Militärunternehmen aus – das ist knapp ein Viertel des aktuellen Jahresbudgets. Eine derart riesige Kriegswertschöpfung will sich natürlich keines der Unternehmen entgehen lassen.

## Probleme mit Söldnern

So völlig konfliktfrei ist das Söldnerleben natürlich auch nicht. Mit den privaten US-Kriegern kam es in der Vergangenheit immer wieder zu erheblichen Problemen. Dies hängt einerseits mit ihrem rechtlich unklaren Status zusammen – sie führen zwar quasi militärische Einsätze durch, sind aber theoretisch der Zivilgesetzgebung des Einsatzlandes unterworfen –, andererseits auch mit der Charakteristik eines solchen Jobs.

Rekrutiert werden Söldner oder Privatsoldaten hauptsächlich aus Berufarmeen. Die bereits perfekt ausgebildeten Soldaten werden dabei mit hohen Gehältern gelockt. Der Durchschnittslohn wird im Fall von Dyncorps mit rund 100.000 US-Dollar pro Jahr zuzüglich diverser Zulagen beziffert (siehe auch [www.dyncorprecruiting.com](http://www.dyncorprecruiting.com)). Viele Soldaten der privaten Armee-Unternehmen kommen aus Armee-Spezialeinheiten, manche sind aber auch Reservisten, Zivilisten und teilweise Ex-Kriminelle.

So kommt es bei den Einsätzen auch immer wieder zu Vorfällen, die in einer regulären Armee normalerweise geahndet würden, etwa Drogensucht und -handel, Menschenverschleppungen, Vergewaltigungen, Waffenschiebereien oder Schmuggel mit wertvollen Bodenschätzen. Zwei der Militärfirmen, CACI und Titan Corporation, waren in den Folterskandal in Abu Ghraib im Irak verwickelt, in Bosnien wurden Söldner des Frauenhandels überführt.

## Kollateralschäden

Das Pentagon scheint diese „Nebenerscheinungen“ in Kauf zu nehmen und sie so gut wie möglich zu vertuschen, werden die Privatarmeen in Dritte-Welt-Staaten doch auch häufig zum Schutz von Konzernen eingesetzt, wie etwa der United Fruit Company oder großen Ölförderern wie Texaco, BP und andere mehr, die keine negative Presse wünschen.

Doch nicht nur an der Front gibt es teilweise unerquickliche Vorgänge, auch die Manager, die den privaten Militärfirmen vorstehen, haben nicht immer eine blütenweiße Weste. Im Falle von Dyncorp, das als Sicherheitsunternehmen auch Zugriff und Gewalt über zahlreiche Systeme der inneren Überwachung in den USA hat, kam es zu höchst merkwürdigen Verwicklungen des Ex-Dyncorp-Chefs

## Private Militärfirmen

- Dyncorp (USA)\*
- Blackwater (USA)
- Airscan (USA)
- Titan Corporation (USA)
- California Analysis Center, Inc. (CACI) (USA)
- Military Professional Resources (MPRI) (USA)
- Kellogg, Brown and Root (Halliburton, USA)
- Vinnell (Northrop Grumman, USA)
- International Charter Inc. (ICI) of Oregon (USA)
- Global Risk Strategies (USA)
- Control Risk Group (USA)
- Triple Canopy (USA)
- Select Armor Inc. (USA)
- Combat Support Associates (USA)
- Executive Outcomes (Südafrika)
- Meteoric Tactical Solutions (Südafrika)
- Erinyes (Südafrika-GB)
- Rubicon International (GB)
- Levdan (Israel)
- Beni Tal (Israel)
- Spearhead Ltd (Israel-GB)\*
- Secordia PMC, (CZ)
- Delphos (D)
- Barril Sécurité (F)
- GEOS (F)
- Alpha (Russland)

Quelle: mal

\*börsennotiert

Herbert Winokur in den Enron-Skandal. Auch die Rolle der Eliteschmiede Harvard stand plötzlich im Mittelpunkt des Interesses, war Winokur doch Mitglied der Harvard-Leitung.

## Das Lobbying-Netz

Von regierungskritischen Organisationen in den USA wird schon länger die Rolle so genannter konservativer „Thinktanks“ wie etwa in Harvard und zahlreichen anderen Instituten kritisiert, die in einem unübersehbaren Lobbying-Geflecht mit US-Kongress und privaten Konzernen vernetzt sind. Ein markantes Beispiel dafür ist die Rolle von Ex-US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als Chef des Thinktanks Rand Corporation oder von US-Vizepräsident Dick Cheney als früherem Vorstandschef (CEO) von Halliburton. Und immer wieder kommt es auch vor, dass die Top-Militärfirmen im US-Wahlkampf großzügige Parteispenden lockermachen.

Im ersten und zweiten Irakkrieg hat die Praxis der privaten Militärunternehmen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Noch immer verschleiern die USA das Offensichtliche: Die geschätzt rund 6000 Söldner, die derzeit im Irak zugange sind, werden nämlich nicht offiziell von der US-Regierung in das Land entsandt, sondern über irakische Auftraggeber, die wiederum unter dem Einfluss von US-Unternehmen stehen. Insgesamt sollen derzeit an die 60 private Militärfirmen im Irak unter Vertrag stehen.

Das British American Security Information Council (Basic) hat erhoben, dass die Söldnertruppen bereits die logistische Kontrolle im Irak-Konflikt über-

nommen haben, was wiederum Grund zur Sorge gebe, dass der Einfluss der Söldnerfirmen auf militärische Operationen oder überhaupt auf die ganze militärische Strategie überhandnimmt und über kurz oder lang auch viel zu starkes politisches Gewicht bekommt. Eine weitere unerwünschte Erscheinungsform ist es, dass durch die hohen Söldnerlöhne den regulären Truppen zunehmend ihre besten Leute abhanden kommen.

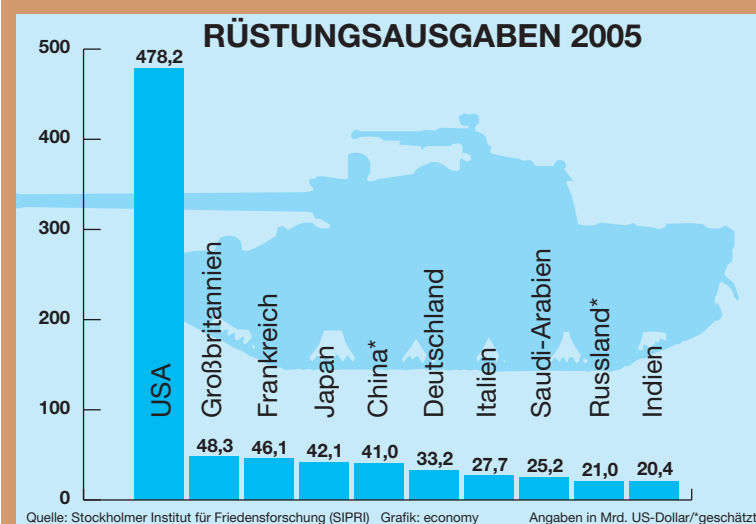
## Die Kriegs-AGs

Peter W. Singer, Autor des aufschlussreichen Buches „Die Kriegs-AGs. Über den Aufstieg der privaten Militärfirmen“, zieht beängstigende Schlüsse: „Die Militärfirmen brauchen den Krieg, weil er ja ihre Geschäftsgrundlage ist.“ Und nachdem Kriegsführung laut Singer „eine der größten Wachstumsbranchen der Welt“ sei, „brauchen sie immer mehr Krieg. Die Firmen sind Kriegsgewinnler im wahrsten Sinne des Wortes, gekämpft wird um und für den Profit.“ Und die demokratische Kontrolle fehle vollends: „Wir haben seit drei Jahren 20.000 dieser privaten Dienstleister im Irak. Keiner von ihnen wurde für irgendein Verbrechen angezeigt, verfolgt oder bestraft.“

Singer ist außerdem der Meinung, dass die USA militärische Operationen wie im Irak ohne Söldnerfirmen gar nicht mehr durchführen könnten. Denn die Kriegskonzerne gehen ja nicht nur an die Front, sondern leisten Dienste in Logistik und Versorgung, Wartung für Flugzeug- und Raketentechnik und führen Armee-Trainings, Verhöre und strategische Planungen durch. Dyncorp zum Beispiel hat einen Outsourcing-Auftrag für die Bodenwartung der Air Force One-Flotte. Singer: „Es gibt Dienste, die man Zivilisten überlassen kann, andere aber nicht, etwa die Verhöre von Abu Ghraib.“ Letztlich entscheide aber im Falle der Militärfirmen der „Kunde“ und nicht der US-Kongress, welche militärischen Operationen für Private angemessen seien oder nicht.

Bis jetzt hat sich in den USA und Großbritannien in der Öffentlichkeit die zynische Überzeugung durchgesetzt, die Auslagerung militärischer Dienste sei für den Staatshaushalt effizienter, weil billiger, und deshalb blieb der öffentliche Protest eher verhalten. Da es sich aber um eine recht intransparente Branche handelt, die ihre Aufträge selten über öffentliche Ausschreibungen oder Bieterverfahren erhält, ist eine Ersparnis häufig gar nicht vorhanden. Gezeigt hat sich dies etwa bei Halliburton: Die Firma hat der US-Armee im Irakkrieg viel zu teures Benzin für Steuergeld angedreht und viele Aufträge ohne wesentliche Kostenkontrolle direkt vom Pentagon zugeschanzt bekommen.

## Zahlenspiel



Die globalen Rüstungsausgaben sind 2005 um 3,4 Prozent auf eine Summe von 1118 Mrd. US-Dollar (879,7 Mrd. Euro) geklettert. Das entspricht dem Niveau der heißesten Phase des Kalten Krieges. Motor der Aufrüstung sind die USA, sie geben genauso viel Geld fürs Militär aus wie die 14 folgenden Länder zusammen. Der Antiterrorkrieg, besonders im Irak und in Afghanistan, hat die US-Militärausgaben auf 478 Mrd. US-Dollar hinaufgetrieben – 50 Prozent mehr als 1996. China hat seine Rüstungsausgaben seither fast verdreifacht, Indien und Saudi-Arabien haben sie in der vergangenen Dekade verdoppelt. *rose*